

Wissen!

Welches Wissen?

Zu Wahrheit, Theorien und Glauben
sowie ökonomischen Theorien

Herausgegeben von
Katrín Hirte, Sebastian Thieme und Walter Otto Ötsch

Metropolis-Verlag
Marburg 2014

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis.verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2014

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1091-5

Vorwort

Katrin Hirte, Sebastian Thieme und Walter Otto Ötsch

Vorliegender Tagungsband entstand im Nachgang der Wintertagung des Institutes für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE/Universität Linz), welche unter dem Titel: „Wissen! Welches Wissen? Zu Wahrheit, Theorien und Glauben sowie ökonomischen Theorien“ gemeinsam mit dem Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS/Universität Hamburg) vom 12.12. bis 14.12.2013 in Linz stattfand.

Zum Thema

Wissen ist zum zentralen Begriff in unserer heutigen Gesellschaft geworden. Welches Wissen in der Gesellschaft existiert, ist für diese von großer Bedeutung. Das gilt insbesondere für ökonomisches Wissen. Gerade in unsicheren Zeiten wie in Finanzkrisen ist das Wissen über die Wirtschaft für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Politik entscheidend.

Über Wissen kann in vielen Dimensionen nachgedacht werden, z.B. zum Charakter des Wissens generell, zu Wissensarten (wissenschaftliches Wissen, Alltagswissen), zu Wissensmedien (herkömmliche und neue Medien), zu Wissenseigenschaften (Immaterialität, Unbegrenztheit, Kopierbarkeit), zu Wissensträgern (personales Wissen, repräsentatives Wissen), zu Wissensäußerungen (implizites Wissen, explizites Wissen), zur Wissensnegation usw., bis hin zur Frage, ob bewusst Nichtwissen produziert wird.

In den Wirtschaftswissenschaften stellt die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 eine Zäsur dar. Kurze Zeit wurde allgemein erwartet, dass die Krise zu einer Neuausrichtung des ökonomischen Wissens führen würde. Diese Erwartung hat sich bekanntlich nicht erfüllt: Das vor der

Krise etablierte wissenschaftliche Wissen hat sich nicht wirklich verändert.

Das gibt Anlass, über das Feld der Ökonomik nachzudenken, zum einen hinsichtlich der monistischen Aufstellung sowie des Charakters dieser – hinlänglich kritisiert als einem der Neoklassik verhafteter Mainstream – zum anderen aber ebenso hinsichtlich des monolithischen Auftretens. Denn mit Wissensgenerierung werden selbst wieder soziale Tatsachen geschaffen, – und dieser Prozess läuft in einem sozialen Feld ab, in dem systematisch „Insider“ und „Outsider“ produziert werden.

In diesem Spannungsfeld bewegten sich auch die Teilnehmenden der Tagung und wie aus den Beiträgen ersichtlich ging es dabei nicht nur um die Thematisierung verschiedener Problemkreise. Sondern zu diesen und insbesondere auch zu Kernfragen wie der Entwicklung in einer wissensbasierten Gesellschaft, zur Entwicklung des ökonomischen Wissens, dem Anspruch und den Grenzen von ökonomischem Wissen usw. divergierten dazu die Auffassungen teils deutlich.

Mit nachstehender Reihung der hier versammelten Beiträge haben wir versucht, dieses Spannungsfeld auch den Lesern zugänglich zu machen – nicht zuletzt mit der Hoffnung, dass diese zu weiterem Nachdenken und weiteren Arbeiten auf diesem Gebiet anregen. Denn in einem bestand Konsens: Welches Wissen in unserer Gesellschaft dominiert, entscheidet über unsere zukünftige Entwicklung.

Zu den Beiträgen

Wissen und Gesellschaft

Mit dem Beitrag „Ökonomik des Wissens“ von *Karl-Heinz Brodbeck* wird der vorliegende Tagungsband eröffnet und dies mit Grund. Denn in diesem wird eine grundsätzliche Dimensionierung zu Wissen, Wissen und Gesellschaft sowie zur Frage der Ökonomisierung von Wissen innerhalb der Gesellschaft vorgenommen. Dazu erfolgt eine grundlegende Differenzierung: Wissen ist weder einfach nur Eigenschaft eines Subjekts noch kann man es wie ein Gegenstand erfassen. Sondern es ist mit der ihm inhärenten Relation Subjekt/Objekt zu begreifen (Brodbeck unterscheidet hier nach Ryle (1949/2009, 17) in ‚knowing how‘ und ‚knowing that‘), und dies gerade für ökonomische Prozesse. Das ‚knowing that‘ ist der intentionale Inhalt des Wissens und unabhängig von seiner situativen

Anwendung. Das ‚knowing how‘ ist gebunden an das Subjekt, denn Wissen kann nur individuell aktualisiert, erlernt und angewandt werden. Die hayeksche „Lösung“ hier ist, dass (zwar unter der Berücksichtigung, dass Wissen nur individuell erlernt und angewendet werden kann – knowing how‘), nun Wissen auf die Einzelgehirne verteilt gedacht wird und darunter Wissensbestände verstanden werden (‚knowing that‘). Informationen sind aber nicht mit Wissen gleichsetzbar (Brodbeck hier: Informationen kann man kraft ihrer physischen Träger verteilen; am Wissen kann man nur Anteil haben). Das hayeksche Wissensverständnis hat nach Brodbeck fatale Folgen: Mit dieser erklärten „Subjektivierung“ von Wissensbeständen wird die Notwendigkeit der marktlichen Koordination der vermeintlichen Einzelwissensbestände ebenso begründet wie das Bestehen kollektiven Wissens geleugnet, während die „Macht der Bilder“ als konzertiert platzierte Leitbilder ihre propagandistische Wirkung entfalten, – auch im Dominieren von Märkten einschließlich der jüngeren neoliberaler Deregulierung und Austeritätspolitik.

Erich Ribolits wählte mit seinem Blick auf die Problematik Wissen und Gesellschaft einen eher „funktionalistisch“-gesellschaftskritischen Fokus zu dem, was man als Tendenz hin zu einer „Wissensgesellschaft“ bezeichnet. Ausgehend von der Unterscheidung in ‚formelles‘ und ‚informelles‘ Wissen (nach Gorz 2001) diagnostiziert er für die Industriegesellschaft vorgängig die gezielte Verwertung des so genannten formellen Wissens, hier verstanden als Kenntnisse und Fähigkeiten, die vorzüglich und methodisch angeeignet werden und als Mittel zu Zwecken wie Arbeitsproduktivität, Einkommen, Prestige, Zugangsberechtigung usw. dienen. Informelles Wissen hingegen stelle die soziale Basis für die sinnliche, psychische und intellektuelle Entfaltung einer Person dar, ohne das es nicht möglich ist, Fakten zu interpretieren, Entscheidungen zu treffen usw. In der jetzigen Phase der so genannten Wissensgesellschaft ginge es nicht mehr nur um die „Zurichtung zur Verwertung“, sondern um die „Zurichtung zur Selbstverwertung“, was sich auch entsprechend im Bildungssystem niederschlägt (Modulation, selbstorganisiertes Lernen usw.) und ebenso Massenloyalität gegenüber dem ökonomisch-politischen System erzeuge. Spielraum für kritische Distanz, Autonomie und Mündigkeit wird vom Autor dabei nicht gesehen.

Nach *Bertram Schefold* hingegen sind der Wissensverwertung in einer „Wissenswirtschaft“ Grenzen gesetzt und ebenso sieht er einen Spielraum, den gerade junge Menschen immer wieder nutzen werden, auch

wenn er ebenfalls die problematische Entwicklung hin zu einer technokratischen Wissenswirtschaft sieht. Mit einem historischen Abriss zu Wachstum und Vermittlung von Wissen wird hier ähnlich wie im ersten Aufsatz (von Brodbeck) die Auffassung vertreten, dass Wissen nie zu einem handelbaren Gut wie jedes andere werden kann, da bei neuen Wissen kein Markt ohne der Spontanität des Gebens zustande kommt, was der Wissenswirtschaft für alle Zeiten eine Schranke setze. Trotzdem verbinde sich das Projekt der Wissenswirtschaft derzeit mit einer Untergrabung, ja Leugnung des Lebenszusammenhangs der Wissenschaft und die Ökonomie greift durchaus auf nach der Art des „ökonomischen Imperialismus“ dabei auf Nachbargebiete ein – unter Festhalten an den eigenen Methoden und nicht von anderen lernend, sondern sie belehren wollend.

Wissenschaft und Ökonomie

Ein immer wiederkehrender Problemkreis innerhalb der Debatten war die Frage nach den Aufgaben und Grenzen der Ökonomie.

Mit generellem Fokus wird diese Frage von *Rainer Bartel* gestellt. Als Ursache für die umstrittene Rolle der Ökonomie und die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit im Sinne von Prognoseleistung werden epistemologische Umstände gesehen, neben Komplexität und Charakter des Analysegegenstandes ebenso das asymmetrische Zeitproblem. Innerhalb der multilateralen Problembeziehungen zwischen Ökonomik, Ökonomie und Politik ist teils verabsolutiertes Wissen anzutreffen, welches relativiert werden sollte, um Scheinexaktheit zu vermeiden, die allgemeine Unzufriedenheit zu lösen sowie zu transparenten und problemadäquaten Leistungen zu kommen.

Für *Adolf Wagner* ist die Erklärungsleistung der Ökonomie deshalb begrenzt, da erstens alle Individuen nur einer bestimmten Rationalität unterliegen würden und zweitens nicht Millionen und Abermillionen Einzelhandlungen ökonomisch abgebildet werden. Ökonomie habe sich daher zu bescheiden. Das Aufkommen der evaluatorischen Ökonomik fordere zudem dazu auf, an den drei Schnittmengen „Wirtschaftstheorie“, „Ökonometrie“ und „Wirtschaftsstatistik“ wieder neu anzusetzen.

Volker Gadenne hingegen vertritt aus der kritisch rationaler Perspektive und korrespondenztheoretisch gesehen, die Auffassung, dass es um Wahrheitsnähe (statt Kongruenz) geht, woraus sich ableitet, Modelle hin-

sichtlich ihrer Leistung am Wahrscheinlichkeitsgehalt der Aussagen zu messen. Hinsichtlich der Prüfbarkeit von Modellen wurde die Physik als Referenzwissenschaft herangezogen. Daher ist hier von der Position ausgegangen worden, dass, wenn die Gesetze einer Theorie wahr sind, sich dies am besten in einer idealen, durch externe Faktoren nicht beeinflussten Situation zeige, was wiederum gerade in der Ökonomie für Wahrheitsnähe als Erwartung an Modelle spricht, da hier solch „ideale“ Situationen nie erreicht werden können. Damit ist in diesem Beitrag auf theoretischer Ebene mit alleinigem Fokus auf die Leistungsfähigkeit von Modellen hinsichtlich ihres Erklärungsvermögens verblieben worden.

Im ihrem Beitrag zur Frage des Pluralismus in der ökonomischen Theorie diskutieren *Christian Grimm*, *Jakob Kapeller* und *Florian Springholz*, inwieweit Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften der Wahrheitsfindung zuträglich ist. Dazu wird in einem ersten Schritt gegen ein monistisches Wissenschaftsverständnis argumentiert: Ausgehend von einem kritisch rationalistischen Standpunkt werden mit Fallibilismus, Vielfalt und dem Problem einer möglichst rationalen Theoriewahl begründet, warum in den Wirtschaftswissenschaften Pluralismus angestrebt werden sollte. Die Selbstbeschreibung der ÖkonomInnen, dass in den Wirtschaftswissenschaften Pluralismus vorläge (z. B. Colander et al. 2004) wird abgelehnt. Der scheinbare Pluralismus wird nur durch „axiomatische Variation“ erreicht: Einzelne Axiome innerhalb eines Modells werden modifiziert, neue hinzuzufügen, oder andere weggelassen, um so immer wieder neue Modellvariation zu kreieren. Hinsichtlich der axiomatischen Fundierung in den Wirtschaftswissenschaften werden die Befunde ambivalent gesehen. Einerseits führt eine ungenügende Differenzierung zwischen Gesetzesaussagen und Hilfsannahmen zur eigenen unkritischen Sicht. Andererseits wird mit axiomatischer Variation eine Flexibilität neoklassischer Theorie erreicht, mit der anhaltende Erklärungsmacht suggeriert wird, aber letztlich ein Beitrag zur Immunisierung der vorherrschenden Theorie gegenüber Kritik geleistet wird. Mit axiomatischer Variation werden so die dominanten Standardmodelle in ihrer tragenden Rolle weiter stabilisiert, anstatt Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften gefördert wird.

Der Beitrag von *Hanno Pahl* „Postwalrasianische Modellierungskulturen... als Treiber von Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften?“ ist ein konkreterer Nachgang zu den in den vorgängigen Beiträgen thematisierten Problemkreisen „Pluralismus“ und „Modellierung“. Hier wurde

gefragt, ob alternative Modellierungskulturen ein gewisses Potenzial zur Transformation der Gesamtdisziplin der Ökonomie besitzen. Die Ursache wird hier aber nicht in eine Einsicht in Unschärfe gesehen, sondern darin, dass agentenbasierte Simulationen im Gegensatz zu Modellen der neoklassischen Tradition ohne eine Verkopplung der Modellinfrastruktur mit ökonomischen Prämissen bzw. Axiomen auskommen. Sie werden daher als eine offene Experimentierumgebung gesehen, die sogar potenziell mit den verschiedensten Theorietraditionen und materialen Prämissen kompatibel ist und somit schulen-übergreifend als Brückenfunktion fungieren könne. Allerdings würde so aber auf andere Weise „Wahrscheinlichkeit“ in Kauf genommen da an die Stelle des Beweisens qua Lösung von Differential- oder Differenzgleichungssystemen Ergebnisse von Simulationsdurchläufen treten, die per Definition niemals vollständig sein können.

Im Beitrag von *Anna M. Carabelli* und *Mario A. Cedrini* wird ausgehend von den Arbeiten von Keynes nach den dortigen Potenzen für eine Alternative zum heutigen Mainstream gefragt. Dabei gehen die AutorInnen davon aus, dass die erkenntnistheoretischen und methodischen Implikationen von Keynes bisher nicht die genügende Beachtung gefunden haben. Ausgehend von den Aussagen in Keynes' „A Treatise ...“ werden im Beitrag Kernaussagen seiner „The general Theory...“ dargelegt, welche letztlich so verstanden werden, dass aus ihnen die Bedeutung der Wahrscheinlichkeit als „Leitfaden für das Leben“ hervor geht. Die schon im Beitrag von Hanno Pahl beschriebene „complexity economics“ wird daher abschließend hier nicht nur als postwalrasianische Alternative gesehen, sondern als der Weg, welcher in naher Zukunft zu einer Revolution in der Ökonomie führen wird („Complexity economics is currently launching a revolution in economics“).

Ökonomie und Gesellschaft

Im Beitrag von *Claus Thomasberger* erfolgt die Auseinandersetzung mit der politischen Rolle der Ökonomie kritisch und aus einer grundsätzlichen Perspektive: Ausgehend vom Triumph des neoliberalen Denkens wird im Beitrag erstens der Zusammenhang von ökonomischen Wissenschaften und herrschenden Weltbildern diskutiert und hier erfolgt der Bezug vor allem auf Myrdal (1975), welcher um die Existenz und Macht

von Weltbildern wusste und die Aufgabe der Sozialwissenschaften darin sah, bestehende Weltbilder zu verändern. Zweitens werden die Konsequenzen diskutiert, wenn Weltbilder wie das aktuelle eines selbst regulierten Marktsystems die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern beherrschen, hier Bezug nehmend auf Polanyi (1944/1977). Schlussendlich wird somit gefragt, ob die ökonomische Disziplin in der gegenwärtigen Entwicklungsphase ihrer Aufgabe gerecht wird und inwieweit sie dafür (mit)verantwortlich ist, dass das neoliberale Credo weiterhin ‚die Welt regiert‘.

An diese von Claus Thomasberger aufgeworfene Problematik knüpft der Essay von *Sebastian Thieme* an, in dem er das in der Ökonomik vorherrschend negative Menschenbild, den ebenfalls als kaum verzichtbar angesehenen Mythos des Wettbewerbs sowie die Abstraktheit (und Verdinglichung) des ökonomischen Denkens kritisiert. Thieme weist dazu auf die soziologische Relevanz dieser Problematik hin: Denn wenn ökonomistisch eingestellte Menschen dazu tendieren, andere Menschen auszugrenzen, dann haben Ökonominen und Ökonomen gute Gründe, darüber nachzudenken, welche Elemente der ökonomischen Vernunft möglicherweise misanthropisch wirken. Thieme zeigt aber auch mit Verweisen auf die ökonomische Ideengeschichte, dass Ökonomik nicht misanthropisch sein muss.

Zum Verhältnis Ökonomie und Politik wird von *Stefan Scholl* in seinem Beitrag dabei die Rolle der akademischen Ökonomen hinterfragt. Indem diese ihr Wissen um das Ökonomische als ‚unpolitisch‘, die reinen ‚Sachgesetze‘ des Ökonomischen betreffend vertreten, etablieren sie sich zu Fürsprechern einer autonomen ökonomischen Rationalität, die ‚der Politik‘ gegenüber spezifische Ansprüche und Handlungsanforderungen stellt. Die wissenschaftlich-ökonomische diskursive Selbstvergewisserung dabei bringt die Abgrenzung von ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ und damit die Evidenz eines autonomen ökonomischen Bereiches erst hervor und dies – so der Autor – hat weitreichende Folgen für gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten. Entlang der Zeiten Vor-Weimarer Zeit, zu Zeiten der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus als auch innerhalb der Planungsdebatte in der BRD nach 1945 zeigt Scholl, wie sich das Verständnis eines ‚Außen‘ der Politik gegenüber dem ‚Innen‘ einer Ökonomie herausbildete und verfestigte. Zum einen war dieses ‚Außen‘ konstitutiv für das ‚Innen‘, also die ‚Evidenz‘ und ‚Eigenmächtigkeit‘ der Ökonomie,

auch als Disziplin. Ebenso entsteht erst über die Abgrenzung von einem ‚Außen‘, d.h. dem Politischen, die Evidenz eines eigenen autonomen Bereiches ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, Strukturlogiken und Handlungsmuster, über den ÖkonomInnen im ‚wissenschaftlichen‘ ökonomischen Diskurs Deutungsmacht beanspruchen und diese wiederum gegenüber ‚der Politik‘ geltend machen. Und zudem wurde damit die Politik immer ökonomischer und die Ökonomie immer politischer.

Noch weiter ausgreifend als Scholl wird im Beitrag von *Katrin Hirte* der performative Charakter von Wissenschaft generell thematisiert. Ausgehend von der Einsicht, dass Instrumente, welche in der Finanzkrise eine zentrale Rolle spielten, hat sich der Ansatz einer „Performativity of Economic“ schon vor Jahren etabliert (Callon 2005, 2007; MacKenzie/Millow 2003). Im hier publizierten Beitrag werden vor allem wissenschaftssoziologische Konfliktfelder (zu Mainstream, zum Paradigmenwechsel) thematisiert sowie erkenntnistheoretische Konsequenzen, welche mit einem performativen Verständnis einhergehen. Über die Problematisierung der Entstehung von Neuem (mit Rückgriff auf die Zeichentheorie von Peirce) wird hier die Differenz zu Auffassungen a la Popper aufgezeigt sowie zu Pragmatismus und Konstruktivismus.

Günther Chaloupek zeigt in seinem Beitrag anhand von Beispielen aus der vorzugsweise österreichischen Wirtschaftspolitik, wie und von wem Ansätze einer neoklassischen, (post-) keynesianischen Theorie oder Theorie der Österreichische Schule in der wirtschaftspolitischen Diskussion verwendet wurden, wie sich der Stil der wirtschaftspolitischen Diskussion in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten verändert hat und welcher Art die Auswirkungen auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen waren. Neben einer zunehmenden Entfremdung der theoretischen Ansätze des Mainstreams von der wirtschaftlichen Realität wird hier ebenso der Missbrauch der Theorien konstatiert sowie die „Flexibilität“, mit den angewendeten Modellen „...alles Mögliche und auch dessen Gegenteil zu begründen...“ – hier aufgezeigt an den Analysen der EU-Kommission über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer.

Im Beitrag von *Alexander Lenger* und *Philipp Rhein* wird die Feldanalyse nach Bourdieu als Analyseinstrumentarium zur Schaffung einer empirischen Ausgangsbasis zur Rekonstruktion des wirtschaftswissenschaftlichen Feldes in Deutschland in ihrem Kerngehalt vorgestellt. Die Autoren plädieren für diesen Zugang, da so die Mechanismen der strate-

gischen Positionierungen und der symbolischen Herrschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Akteure sowie die Probleme des vorherrschenden Methodenmonismus aufgezeigt werden können. Ebenso werden über die Habitus- und Feldtheorie von Bourdieu die Wirtschaftswissenschaften als „Schnittstelle“ zwischen wissenschaftlichem und ökonomischem Feld verstanden. Mit Rückgriff auf die Arbeiten von Lebaron (2001) wird dabei auf die „Fiktion“ einer Autonomie des Feldes der ÖkonomInnen fokussiert, denn der heutige „Neoliberalismus ist das Ergebnis einer gesellschaftlichen intellektuellen Produktions- und Vertriebsarbeit“ und ausgerechnet in Zeiten von Wirtschaftskrisen erheben sich die ÖkonomInnen zu legitimen Sprechern und Diskursproduzenten. Das wirtschaftswissenschaftliche Feld wird mit diesem methodischen Zugang als „Kampffeld zur Durchsetzung der legitimen Herrschaftsordnung“ verstanden und so erklärt sich nach Meinung der Autoren auch die Gefahr, die von einem heteronomen Feld der Wirtschaftswissenschaften auf alle im Machtfeld vertretenen Felder kultureller Produktion ausgeht.

Literatur

- Callon, Michel (2005): Why Virtualism paves the way to political Impotence, in: European Electronic Newsletter, Vol. 6, No. 2, S. 3-20
- Callon, Michel (2007): What Does It Mean to Say Economics Is Performative? in: MacKenzie, Donald; Muniesa, Fabian; Siu, Lucia (Hg.): Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics, University Press Princeton, S. 311-357
- Colander, D.; Holt, R. P. F.; Rosser, J. B. Jr. (2004): The Changing Face of Mainstream Economics, *Review of Political Economy*, 16(4), S. 485-499
- Goetz, A. (2001): Welches Wissen? Welche Gesellschaft? Textbeitrag zum Kongress ‚Gut zu Wissen‘, Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001. <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/orientierung/welchegesellschaft.html> (Mai 2009)
- Lebaron, F. (2001): Economists and the Economic Order. The field of economists and the field of power in France, in: *European Societies*, 3/1, S. 91-110
- MacKenzie, Donald; Millo, Yuval (2003): Constructing a Market, Performing Theory – The Historical Sociology of a Financial Derivatives Exchange, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 109, No 1, S. 107-145

Myrdal, G. (1975): Das Wertproblem in den Sozialwissenschaften, Bonn-Bad Godesberg

Polanyi, K. (1944/1977): The Great Transformation, Frankfurt

Ryle, G. (1949/2009): The concept of mind, New York